WP-01-K1-797-7

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 796 bis 804:
mehr zu befeuern. Wir stehen für eine endgültige Absage an die Gasförderung in ganz Deutschland – an Land wie auf dem Meer. ~~Eine Rückkehr zur Atomkraft ist weder für das Erreichen der Klimaziele noch für die Versorgungssicherheit notwendig – zudem scheiden neue Atomkraftwerke wegen der extrem langen Planungs- und Bauzeiten, der hohen finanziellen Risiken und der Ewigkeitskosten als realistische Option ohnehin aus. Der lange geplante und parteiübergreifend beschlossene Atomausstieg hat unser Land sicherer gemacht. Die Suche eines verlässlichen Endlagers bleibt eine Herausforderung, der sich das ganze Land stellen muss.~~Eine Rückkehr zur Hochrisikotechnologie Atomkraft ist für uns aufgrund der ungeklärten Endlagerfrage, der Kriegsgefahren, der Kosten und der Gefahr der Verbreitung von atomwaffenfähigen Material keine Option. Die Atomfabriken in Gronau und Lingen sind schnellstmöglich zu schließen. Die Beteilung der russischen Atomwaffenfirma Rosatom über Franatome werden wir verhindern. Das Unterlaufen der Sanktionen ist ebenso völlig unverständlich wie das Ignorieren der Spionage- und Sabotage-Gefahren.
Die zusätzlich unerträglich und den nachfolgenden Generationen unzumutbar nach hinten verschobene Inbetriebnahme eines sicheren Endlagers wollen wir beschleunigen. Auf dem langen Weg dorthin stellen wir sicher, dass die benötigten Zwischenlager den jeweils aktuellsten Sicherheitsanforderungen entsprechen.

Begründung

Neue Atomkraftwerke scheiden vor allem auch aus wegen der Gefahr der Verbreitung von atomwaffenfähigen Material und technologischem Wissen sowie aufgrund des in der bisherigen Version sehr milde umschriebenen „Herausforderung der Suche eines verlässlichen Endlagers“. Diese ist bislang krachend gescheitert mit einer Verschiebung des Zeithorizontes bis weit ins nächste Jahrhundert. "Die Entsorgungskommission des Bundesministeriums für Umwelt habe bereits vor einem Jahr Zwischenlagerzeiten "von bis zu 120 Jahren" abgeschätzt", so der Leiter der Abteilung "Radioaktive Abfälle und Endlagerbarrieren" am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Volker Metz. Auch diese – bisher nicht vorgesehen – extrem lange Zwischenlagerung muss neu geplant werden.

Das Unterlaufen der Russland-Sanktion in Lingen ist nicht nur wegen der Sanktionen, sondern auch wegen der Gefahren völlig unakzeptabel.

s.a. https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/endlager-atommuell-standort-suche-folgen-100.html

weitere Antragsteller*innen

Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Anna Katharina Boertz (KV Celle); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Raymund Messmer (KV München-Land); Daphne Wurzbacher (KV Münster); Birgit Heilmann (KV Harburg-Land); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Thomas Mohr (KV München); Angelika Aigner (KV Traunstein); sowie 43 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.